

Weltrundschau : die Wendung in Korea ; Was weiter? ; Die Gefangenen Mac Arthurs ; Umkehr tut not ; Kriegsvorbereitung ; Der "innere Feind" ; Und Russland?

Autor(en): **Kramer, Hugo**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **44 (1950)**

Heft 10

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-139400>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

heit selbst zu protestieren. Methoden, die im Ausland unseren Abscheu erwecken, müssen ebenso bei uns Abscheu erregen . . . In der Schweiz war die Schar der Kommunisten wenig zahlreich. Sollen wir ihr erlauben, die Märtyrerrolle zu spielen und so vielleicht weite und unverdiente Sympathien zu erwerben? Das Volk verurteilt diese Ungerechtigkeit und bedauert diese Ungeschicklichkeit, die unverzüglich korrigiert werden muß.»

Auch kirchliche Stimmen sind menschliche Stimmen, denen die Vollkommenheit mangelt. Die Worte der deutschen Glaubensgenossen etwa bedürfen wohl noch einer Weiterführung. Die Ablehnung der Remilitarisierung und die Verweisung der Anstrengungen auf das soziale Gebiet lassen die Frage nach der rechten Verteidigung noch offen, welche einmal doch nötig werden könnte. Und die wahren Worte gegen die verwüstende Hysterie heilen die schon verwüsteten, eben dem vernünftigen Wort nicht mehr zugänglichen Seelen kaum. So kann wohl irgendein hochmütiger Vollkommenheitsglaube auch solche Äußerungen noch als unvollkommenes Stückwerk kritisieren. Der demütige Blick derer allerdings, die in einer Talmiwelt nach echten Stücken suchen, wird, wenn er allem zum Trotz und gar noch in den Kirchen solche findet, ein wenig froher und ein wenig dankbarer in die Zukunft blicken.

Bruno Balscheit.

WELTRUNDSCHAU

Die Wendung in Korea Früher, als wir erwartet hatten, ist Nordkorea unter dem übermächtigen Druck der riesenhaften amerikanischen Militärmaschine zusammengebrochen. Unser Septemberheft war noch nicht einmal in den Händen der Leser, da war bereits bei Inchon jene Landung starker amerikanischer Streitkräfte erfolgt, die — militärtechnisch eine glänzende Operation — die Amerikaner in den Rücken der tief in Südkorea stehenden nordkoreanischen Armee bringen sollte und dann auch tatsächlich deren völligen Zusammenbruch herbeiführte. Schlag auf Schlag wurde die nordkoreanische Front zertrümmert; nach kurzem Zögern drangen die sogenannten UNO-Truppen in Nordkorea selber ein und brachen unter Anrichtung furchtbarster Zerstörungen jeden Widerstand der verwirrten, zersprengten und materialarmen kommunistischen Armeereste. Kurz: wenn auch noch mit einem länger dauernden Kleinkrieg gegen nordkoreanische Freischärler in den Bergen zu rechnen ist, wie ihn seinerzeit auch die Japaner zu führen hatten, so ist doch — wenn nicht im letzten Augenblick die Chinesen oder gar die Russen eingreifen — die Niederlage der Nordkore-

aner schon jetzt besiegelt. Der Schuß, den sie vermeintlich so umsichtig geladen hatten, ist gründlich hinten hinausgegangen; statt Südkorea zu gewinnen, verlieren sie nun sogar ihren eigenen Staat und geraten selber unter die Herrschaft des feudal-reaktionären Regimes, das zu stürzen sie ausgezogen waren.

Was an diesem ganzen Geschehen besonders auffallen mußte, war die zynische Selbstverständlichkeit, mit der die Sieger, gemäß einem förmlichen Beschluß der Vereinten Nationen, die «Staatsgrenze» des 38. Breitengrades auf die Seite schoben. Als die Nordkoreaner im Juni nach Süden vorstießen mit dem Anspruch, sich damit innert der Grenzen eines tatsächlich immer noch einheitlichen koreanischen Gesamtstaates zu bewegen, da wurde von den Vereinigten Staaten und der ihnen hörigen UNO die Trennung Koreas in zwei Teile mit ungeheurem Propagandagetöse gerade als die entscheidende völkerrechtliche Tatsache erklärt und das nordkoreanische Unternehmen als frevelhafter Angriff auf einen friedfertigen, selbständigen Nachbarstaat gebrandmarkt. Jetzt, wo es die UNO-Armee ist, die im Angriff liegt, finden Amerika und seine Parteigänger plötzlich, der 38. Breitengrad, auf dessen Überschreitung durch die Nordkoreaner sich das ganze Eingreifen der Vereinten Nationen aufgebaut hatte, sei «in Wahrheit rechtlich nie eine anerkannte politische Grenze gewesen». Rechtlich und politisch sei vielmehr sowohl von Rußland wie von Amerika «gerade die *Einheit* des koreanischen Gesamtgebietes als eines selbständigen Staatsgebildes erklärt und zugesichert und damit die politische Bedeutungslosigkeit der künstlichen Abgrenzung von vornherein festgelegt worden». («National-Zeitung» Nr. 450.) Die Heuchelei der ganzen UNO-Juristerei hat sich damit wider Willen selber entlarvt. Mag man die Überschreitung des 38. Breitengrades durch die südkoreanischen und amerikanischen Truppen mit *militärischen* Gründen rechtfertigen — dagegen ist technisch kaum etwas einzuwenden. Wenn man nun aber eine Grenze zwischen Nord- und Südkorea auch in *rechtlicher* und *politischer* Beziehung als nicht vorhanden erklärt und mit dem genannten Basler Blatt der Meinung ist, die Frage dieser künstlichen Grenze sei, als die UNO-Armee sie erreicht habe, «von einer übergeschäftigten Publizistik unnötig dramatisiert worden», dann muß man vernünftigerweise auch anerkennen, daß die gleiche Publizistik die Bedeutung dieser Grenze ebenso gewaltig übertrieben hat, als es galt, das Vorgehen der Nordkoreaner als schweres internationales Verbrechen anzuprangern und einen Rechtsboden für das amerikanische Eingreifen gegen Nordkorea zusammenzuzimmern.

Was weiter? Aber nun — was soll mit Korea weiter geschehen? Darüber liegt noch völliges Dunkel, soviel Vorschläge und bereits auch Beschlüsse darüber schon vorliegen. Das Dunkel ist sogar noch viel größer und gefahrenerfüllter als es zur Zeit des nordkoreanischen Angriffes auf das Südkland war. Wieder einmal zeigt sich, daß

Krieg keine Lösung für Völkerkonflikte ist; der militärische Sieg Amerikas hat vielmehr die Koreafrage nur noch schwerer lösbar gemacht, als sie es vor dem Juni 1950 war, wenn sie auf dem Boden, auf den sie jetzt gestellt worden ist, überhaupt noch lösbar ist. Denn die Gefahr ist groß, daß jetzt in Korea Politik gemacht wird, wie MacArthur, der Nationalheld des amerikanischen Imperialismus, es will, und nicht wie Vernunft und Gerechtigkeit es verlangten: im Sinn einer radikalen Wirtschafts- und Bodenreform und einer auf den Mehrheitswillen des Gesamtvolkes gestützten politischen Neuordnung des wiedervereinigten Korea. Bereits hat ja der siegreiche amerikanische General den vertriebenen Präsidenten von Südkorea, Syngman Rhee, feierlich wieder in sein Amt eingesetzt, dabei frech lästernd: «In tiefer Dankbarkeit gegen den Allmächtigen, der unseren Waffen diesen entscheidenden Sieg beschert hat, fordere ich alle Anwesenden auf, sich zu erheben und mit mir das Gebet unseres Herrn zu sprechen.» Das Vaterunser inmitten rauchender Trümmer und nach einem grauenhaften Gemetzel, das der Vorbeter selber befiehlt hatte!¹

Was von einem durch MacArthur neuaufgerichteten und auf Nordkorea ausgedehnten Regime Rhee zu erwarten wäre, kann man sich nur mit Schrecken vorstellen: Rache an den Kommunisten (die Londoner «Times» meldet bereits entsetzliche Greuel, die die Südkoreaner in Nordkorea verübten), Rückgängigmachung der Landreform, Wiederbefestigung der Macht der alten, verderbten Herrenklasse, ständige Bedrohung Chinas und der Sowjetunion, vielleicht sogar Heraufbeschwörung eines dritten Weltkrieges auf der politischen Linie Tschiang Kai-Sheks, der sich ja auch an die Hoffnung auf einen Zusammenstoß von Ost- und Westblock klammert in seinem verzweifelten Bemühen, doch noch einmal an die Macht zu kommen. Ob aber die amerikanische Regierung Rückgrat genug hat, um ihrem von neuem Kriegsruhm umstrahlten Statthalter im Fernen Osten endlich den Meister zu zeigen, besser: ob die anderen UNO-Staaten soviel Selbständigkeit gegenüber ihrem nordamerikanischen Patron aufbringen, um diesen in seiner Ostasienpolitik auf einen neuen Weg zu bringen, das ist mehr als fraglich. «Es ist schwer», seufzt der «New Statesman» (7. Oktober), «der Dienste eines siegreichen Oberbefehlshabers zu entraten, und ebenso schwer, ihn zu verhindern, die Früchte des Sieges durch politische Unnachgiebigkeit zu verschleudern. Im Falle von General MacArthur müssen die Vereinten Nationen der Tatsache ins Auge sehen, daß eine Beendigung des Krieges mit einem verlängerten Syngman-Rhee-Regime lediglich den Beginn der Vorberei-

¹ Wie «The Christian Century» (15. September) berichtet, hat die amerikanische Bibelgesellschaft 50 000 Exemplare der Evangelien und der Apostelgeschichte sowie 100 000 Exemplare der Bergpredigt (!) in koreanischer Sprache nach Korea verschifft. Werden sich die Koreaner um die Bergpredigt reißen und sich in Massen zur Taufe auf das MacArthur-Christentum drängen?!

tungen für einen weiteren Krieg darstellen würde — die grausamste Verhöhnung jedes amerikanischen und britischen Soldaten, der in Korea gestorben ist. Nicht nur Pandit Nehru, sondern acht Mächte unter Führung Englands treten offen gegen diese gefährliche Tollheit auf» — mit wieviel Ernst und Erfolg, wird sich ja weisen².

Die Gefangenen MacArthurs Wenn es jetzt die Regierungen der UNO-Staaten so schwer haben, in Korea eine weitsichtige Reform- und Friedenspolitik durchzusetzen, so liegt der Grund natürlich in dem Umstand, daß sie sich schon viel zu willig vor den Wagen MacArthurs und der amerikanischen Aktivistenpartei haben spannen lassen, als daß sie sich nun so ohne weiteres wieder davon losmachen könnten. Jawohl, im vergangenen Januar schien es, als habe die amerikanische Regierung mit MacArthurs Ostasienpolitik mindestens in der Formosafrage grundsätzlich gebrochen. Washington schien willens, Tchiang Kai-Shek endgültig fallenzulassen und sich mit der Tatsache eines kommunistischen China schlecht und recht abzufinden. Aber es schien nur so. MacArthur bereitete unverdrossen seine Revanche vor. Anfang Juni durfte er bei seinen Tokioter Besprechungen mit General Bradley, dem Chef der Vereinigten Wehrmächtsstäbe, und mit Verteidigungsminister Johnson feststellen, daß diese beiden höchstgestellten Persönlichkeiten völlig für seine Politik gewonnen waren, die auf zwei unabdingbaren Grundforderungen beruht: 1. Formosa und Japan müssen dauernd in den amerikanischen «Verteidigungsring» um den Stillen Ozean herum eingegliedert werden, und 2. jeder weiteren Ausdehnung des Kommunismus in Asien, wo es auch sein mag, muß mit militärischer Gewalt entgegengetreten werden, auch auf die Gefahr eines neuen Weltkrieges hin, der von den Vertretern dieser Doktrin ohnehin als unausweichlich angesehen wird. Und als dann wenige Wochen darauf die nordkoreanische Armee zu ihrem Vorstoß nach Süden ansetzte, da hatten MacArthur und seine Leute gewonnenes Spiel. Unter ihrem Druck und in der Furcht vor einer innenpolitischen Niederlage in diesem Wahljahr — die Republikanische Partei scheut ja vor keinem Mittel zurück, um die demokratische Regierung als kommunistenhörig zu denunzieren — schwenkten der Präsident und sein Außenminister aufs neue um, in der Richtung auf die frühere Politik des militärischen und wirtschaftlichen Eingreifens gegen die soziale Revolution in Ostasien.

In seiner Erklärung vom 27. Juni 1950 kündigte darum Präsident Truman ein Eingreifen der Vereinigten Staaten nicht nur in Korea, son-

² Die Schmeicheleien, mit denen MacArthur anlässlich seiner Begegnung mit Präsident Truman überschüttet wurde, geben einen Begriff von dem Grade des Willens der Zivilisten, dem General seine Linie mit kräftiger Hand vorzuzeichnen. MacArthur hatte wirklich allen Grund, zufrieden festzustellen: «Kein Heerführer hat je eine so vollständige und hervorragende Unterstützung erhalten wie ich von seiten der Dienststellen in Washington.»

dern auch auf Formosa und nötigenfalls in Indochina und auf den Philippinen an. (Die Franzosen, die in Indochina jetzt so schwere Schläppen erleiden, nehmen ihn prompt beim Wort und verlangen dringend Geld- und Truppenhilfe für ihren «schmutzigen Krieg» gegen die Freiheitsbewegung des Viet Minh.) Und wenn die UNO hintendrein dem Koreakrieg auch ein pazifistisches Mäntelchen umhängte, so war damit der machtpolitisch-gegenrevolutionäre Charakter des amerikanischen Unternehmens doch nur für diejenigen verschleiert, welche — die Welt will eben betrogen sein — ihn nicht sehen wollen. Der Sieg MacArthurs in Korea ist deshalb, entgegen der weltläufigen oberflächlichen Auffassung, kein Triumph des Grundsatzes der kollektiven Friedenssicherung; er ist ein Triumph der konservativ-reaktionären Kräfte in den Vereinigten Staaten und des amerikanischen Pazifik-Imperialismus, der über Korea hinweg tatsächlich auf das kommunistische China und die Sowjetunion zielt. Gewiß, Nordkorea hat, wie das schon so oft in der Geschichte der revolutionären Bewegungen vorgekommen ist, die ihm gewaltig überlegenen Kräfte der Gegenrevolution höchst unbesonnen selbst herausgefordert, aber an dem sozialen Hintergrund des Kampfes um Korea, der für die Beurteilung seiner Wesensart entscheidend ist, vermag das nicht das geringste zu ändern. Und all diejenigen, die das militärische Eingreifen der UNO in Korea begrüßt haben, sind in ernster Gefahr, als Gefangene ihrer kurzsichtigen Nachgiebigkeit gegenüber der Gewaltpolitik MacArthurs mitzuhelfen, die Welt in neue, vielleicht noch viel weiter ausgreifende Kriegsabenteuer zu stürzen. «Denn der Weltfriedens», so schreibt Kenneth Leslie im amerikanischen «Protestant» (Juli/August/September-Heft), «ist kein Traumgebilde von Kartenspielern. Er ist nichts Abstraktes. Er kann keinen Bestand haben, solange der Krebs des Kolonialismus ihn zerfrißt.»^{2a}

Umkehr tut not Vor der neuen Kriegsgefahr warnt mit besonderer Eindringlichkeit auch ein Flugblatt des amerikanischen Zweiges des Internationalen Versöhnungsbundes, das wir um seiner Klarheit und Folgerichtigkeit willen gern etwas ausführlicher wieder-

^{2a} Diejenigen, die den sozialrevolutionären Charakter des nordkoreanischen Krieges in den Hintergrund schoben, um sich in die Front der «Verteidiger des Weltfriedens» einreihen zu können, gleichzeitig aber doch die nordkoreanische Aktion als Teil der gesamtasiatischen Revolution zu sehen suchten, weil sie eben ihr sozialistisches Bekenntnis nicht einfach verleugnen wollten, verwickeln sich immer mehr in unlösbare Widersprüche. So Fenner Brockway, der langjährige Sekretär der einstigen, sehr anti-imperialistischen Unabhängigen Labourpartei, der jetzt als Abgeordneter der offiziellen Labourpartei die Koreapolitik der Regierung Attlee und damit der Vereinigten Staaten brav mitmacht. «Wir stehen so», schreibt er in der Neuyorker «Nation» etwas verlegen, «vor dem Widersinn, daß wir zwar die Geschichte für uns haben, wenn wir (durch militärisches Eingreifen in Korea. H. K.) einer Ausdehnung des Krieges wehren, aber die Geschichte gegen uns haben, wenn wir der Ausdehnung der asiatischen Revolution wehren. Unser Vorgehen kann nur gerechtfertigt werden, wenn es auf die Erreichung des ersten Zieles beschränkt wird.»

geben³. Der Koreakrieg, so wird hier festgestellt, bedeutet, daß Rußland und Amerika in einen weltweiten militärischen Machtkampf verwickelt sind und daß die Regierung der Vereinigten Staaten ihr Volk tatsächlich auf die Austragung eines dritten Weltkrieges festgelegt hat. «Die Politik, die das Eingreifen in Korea im einen Zeitpunkt ‚unvermeidlich‘ und zu einer Sache der ‚nationalen Ehre‘ machte, wird zu einem andern Zeitpunkt auch den allgemeinen Krieg ‚unvermeidlich‘ und zu einer Sache der ‚nationalen Ehre‘ machen.» Die herrschende Meinung, wonach der Krieg, der in Korea nun in sein «Schießstadium» eingetreten sei, der Verteidigung christlicher und demokratischer Werte gegen den Kommunismus diene, wird als irrig abgelehnt:

«Zwei Weltkriege haben bewiesen, daß der Krieg dem Kommunismus nicht Einhalt gebietet. Der Krieg gibt im Gegenteil dem Kommunismus erst seine Chance... Das sicherste Mittel, um Asien an Stalin auszuliefern, besteht tatsächlich darin, den Kampf gegen die kommunistische Lebensform gleichbedeutend mit einem Krieg amerikanischer Truppen auf asiatischem Boden zu machen... Der Krieg kann, sicherlich in seiner modernen Form, die Demokratie nur vergiften und zerstören. Christen oder Menschenfreunde, die Atombomben gebrauchen, strafen ihre eigenen Bekenntnisse Lügen, bewirken einen Riß in ihren Seelen und fügen sich selbst eine abgründige geistige Niederlage zu.»

Die Truman-Doktrin, die nun auch in Korea zur Anwendung gekommen sei, also die Lehre, daß die Sowjetunion und der Kommunismus mit militärischer Gewalt eingedämmt werden müßten, sei, so fährt das Schriftchen fort, nicht der Weg zum Frieden, sondern führe uns nur immer tiefer in den Krieg hinein:

«Psychologisch und geistig ist es unmöglich, Kriegs- und Friedenspolitik zur gleichen Zeit zu betreiben. Und doch erheben sich eben jetzt wieder Stimmen, daß Kriegsführen tatsächlich Friedemachen bedeute. In unserem innersten Herzen müssen wir wissen, daß dies eine Lüge ist... Die Kirche kann nicht der Kanal des reinen und friedfertigen Geistes ihres Herrn sein, wenn sie weiterhin mit dem Krieg paktiert. Wir bitten den Weltkirchenrat, die verschiedenen Glaubensgemeinschaften und örtlichen Kirchen in unserem Land und in anderen Staaten, alle Kriegführenden zu einem sofortigen Waffenstillstand aufzufordern und auf eine Vermittlung in den grundlegenden Streitfragen zwischen Ost und West zu drängen.^{3a}»

Das kann es nun aber natürlich gerade *nicht*. Die entscheidende Triebkraft des amerikanischen Eingreifens in Korea (wie in Formosa, Indochina usw.) ist ja eben der Wille, der Ausdehnung der asiatischen Revolution mit Waffengewalt entgegenzutreten; dem siegreichen amerikanischen Imperialismus nun in den Arm fallen und ihm die Früchte seiner Mühen und Opfer entreißen zu wollen, ist darum naiv im höchsten Grad. Man kann sich für die soziale Revolution in Asien nur einsetzen, wenn man die Lüge der «Intervention zur kollektiven Friedenssicherung» zurückweist.

³ Es ist zu beziehen bei der Fellowship of Reconciliation, 21 Audubon Avenue, New York 32.

^{3a} Daß eine solche Verständigung zwischen Ost und West als einen Hauptpunkt die *Abkehr vom ganzen Kolonialismus und Imperialismus* der weißen Rasse einschließen müßte, ist gewiß auch die Meinung der Verfasser des Flugblattes des amerikanischen Versöhnungsbundes. Nur darf dann diese Abkehr eben nicht bloß eine solche in schönen Worten sein, sondern muß mit der Tat und in Wahrheit erfolgen. Das muß auch von der Rede gesagt werden, die Präsident Truman jüngst in San Fran-

Unsere politischen und militärischen Führer — und das ist der äußerst bemerkenswerte Schluß des Aufrufes — werden aber vom Kriegführen nicht absteigen und keinen neuen Kurs einschlagen, «wenn das Volk es nicht unmißverständlich klar macht, daß es einfach keinen weiteren Krieg unterstützen oder mitmachen wird und daß es Frieden will, nicht Krieg im Namen des ‚Friedens‘.»

«Es gibt Massen von Menschen, die den Frieden begehren, aber nicht klar kundgetan haben, daß sie nicht mehr kämpfen, Kriegswaffen herstellen oder Kriegsgewinne annehmen werden. Diese Menschen sind noch nicht bereit, die erste Anzahlung auf den Frieden zu machen, nämlich einzeln und öffentlich aufzustehen und sich gegen den Krieg und für den Frieden einzusetzen. Sie teilen mit ihren Führern die Verantwortung für die Kriegssünde.

Es wird etwas kosten, wenn einer seiner Familie und seinen Nachbarn sagt, er sei fertig mit dem Krieg... Wenn es (aber) keine Menschen mehr gibt, die bereit sind, notfalls allein zu handeln, dann ist die Demokratie tot. Andererseits wird jeder, der den Glauben und moralischen Mut hat, um aus den Reihen der Armeen hervorzutreten, die der Zerstörung entgegenmarschieren, einem andern Mut machen, ebenfalls allein zu stehen, und dieser wieder einem andern, bis in Bälde die Menschen wieder gemeinsam in Frieden und Freiheit aufbauen, statt in den Tod zu marschieren.»

Kriegsvorbereitung Das ist die Stimme des «anderen» Amerika, die, so schwach sie auch geworden ist, doch nicht einfach erstickt werden kann. Das herrschende Amerika fährt inzwischen unter dem Vorwand, damit den Frieden immer besser zu sichern, immer großzügiger fort, den nächsten Krieg vorzubereiten. Die amerikanische Armeeführung teilte unlängst voller Befriedigung mit, daß sie für Waffen, Panzer und Munition jetzt sechsmal soviel ausbebe, als vor dem Eingreifen in Korea geplant war. Für die Aufrüstung der Atlantikpaktmächte — mit denen jetzt als «zugewandte Orte» auch Griechenland und die Türkei verbunden sind — wird von den Vereinigten Staaten viermal soviel aufgewendet als ursprünglich vorgesehen war. Und diese Kriegsrüstung wird, nicht zuletzt unter dem Druck des daran interessierten Rüstungskapitals, noch fortwährend höher und höher hinaufgetrieben. Ein in der Wochenschrift «Look» (10. Oktober) erschienener Aufsatz von Richard Wilson setzt sich insbesondere auch für eine außerordentliche, ja zunächst geradezu phantastisch erscheinende Steigerung der Atombombenproduktion ein. Amerika solle nicht bloß über ein paar

zisko hielt, und in der er die Vereinigten Staaten als Träger der «wirklich revolutionären», weil freiheitlichen Kräfte in der Welt feierte, während der Kommunismus die «reaktionärste Bewegung unserer Tage» sei. Die Völker Asiens müßten darum vor der «falschen Revolution» des Kommunismus auf der Hut sein und sich der «freien Welt» zuwenden, die ihnen wirkliche Hilfe — sozial, wirtschaftlich und politisch — bringen werde. Das glaubt kein einziger Asiate, der nicht selber an der Aufrechterhaltung der alten Ordnungen interessiert ist. Die Tatsache, daß Amerika und weithin auch seine Verbündeten diese alten Ordnungen überall unterstützen, also Träger der Gegenrevolution sind, straft ihren Anspruch Lügen, Bringer einer neuen Ordnung in Asien zu sein.

hundert, sondern über 15 000 bis 20 000 Atombomben verfügen können, zumal die neuesten Fortschritte der Kriegstechnik es ermöglichen, Atomgeschosse auch durch schwere Artillerie oder als ferngelenkte Raketen abzufeuern. Und wenn man meine, Amerika vermöge die Kosten der Herstellung einer solchen Riesenmenge von Atombomben niemals zu tragen, so müsse man sich klar machen, daß — wie der Mann kühl vorrechnet — eine einzige Atombombe zum Preis von 5 Millionen Dollar nicht teurer sei, aber mindestens ebensoviel Menschen umbringen und Sachschaden anrichten könne wie 1000 gewöhnliche Sprengbomben zu 5000 Dollar, wobei gegenüber dem Masseneinsatz solcher Normalbomben erst noch amerikanische Menschenleben (bei den Bombardierungsmannschaften nämlich) gespart würden.

Der Gedanke, den Vereinigten Staaten auf diese Weise von vornherein die erdrückende militärische Überlegenheit über die Sowjetunion und damit tatsächlich die Weltherrschaft zu verschaffen, wird jetzt in führenden wissenschaftlichen und politischen Kreisen Amerikas tatsächlich allen Ernstes erörtert. Aber wiederum muß gesagt werden, daß im Falle seiner Verwirklichung der Schritt zum Präventivkrieg nicht mehr weit wäre. Wie gefährlich nahe für die amerikanische Kriegs- und Staatsführung die Idee des Zuvorkommens andauernd liegt, gab kürzlich auch das «Wallstreet Journal», also ein Hauptorgan der großen amerikanischen Geschäftswelt, unumwunden zu, als es schrieb:

«Auch in Demokratien sind schon Kriege heraufbeschworen worden, um die Dinge wieder in Ordnung zu bringen. . . Ob wir nun gern daran denken oder nicht: Es kann ein Zeitpunkt kommen — wenn wir blöd geführt werden —, da der herrschende Zustand so unerträglich wird, daß auch der Krieg von vielen Leuten als Erlösung von der bisherigen Spannung begrüßt wird.

. . . Es ist eine volkstümliche Selbsttäuschung, daß eine Demokratie nicht aggressiv sein könne. Aber ein freies Volk kann eben gewaltsam in die Aggressivität hineingestoßen werden. Und es kann auch sachte in sie hineingeführt werden. Man braucht in Washington nicht weit herumzuschauen, um zu finden, daß die Vorhersage, der dritte Weltkrieg sei unvermeidlich, wenn er nicht tatsächlich schon begonnen habe, mit stoischer Gelassenheit hingenommen wird.»

Die Gefahr, daß die amerikanische Regierung einen allgemeinen Krieg mit irgendeiner plausiblen Begründung willentlich auslösen könnte, ist zwar zurzeit gering, besonders seit der ebenso ehrgeizige wie bedenkenlose Louis Johnson als Wehrminister durch den besonnenen General Marshall ersetzt wurde. (Der Marineminister Matthews, der sich öffentlich für einen «Angriff zu Friedenszwecken» ausgesprochen hat, ist noch immer im Amt.) Andererseits kann aber gerade die Achtbarkeit General Marshalls dem Frieden zum Verhängnis werden, wenn sie in einer bestimmten Lage, die den Präventivtheoretikern günstig scheint, dazu dienen sollte, eine amerikanische Außenpolitik zu decken, die mit der Eigengesetzlichkeit der hinter ihr wirkenden dämonischen Kräfte schließlich doch zum Krieg treibt, wenn auch wider den Willen der «führenden» Männer, die zu stoßen glauben und doch gestoßen werden.

Wie weit die Dinge schon gediehen sind, zeigt nicht zuletzt das heftige Drängen Amerikas auf schleunige *Wiederbewaffnung Westdeutschlands* im Rahmen einer allgemein westeuropäischen Armee. Man kann dieses Drängen kaum mehr anders erklären als aus der Überzeugung der amerikanischen Staatsführung, daß ein Krieg mit der Sowjetunion auf die Länge ja doch nicht zu umgehen sei und daß im Hinblick darauf auch die Risiken, die eine Wiederherstellung der deutschen Militärmacht unzweifelhaft in sich schließe, in Kauf genommen werden müßten. Noch stemmen sich die Franzosen gefühlsmäßig gegen diese Schlußfolgerung; aber als logisch begabtes Volk werden sie sich der zwingenden Kraft des Argumentes nicht entziehen können, daß auch die Westdeutschen selbst, als unmittelbare Anstößer an die Sowjetzone, zum Einsatz gegen Rußland herangezogen werden müßten, *wenn* man schon überzeugt sei, daß ein Zusammenstoß der beiden Weltblöcke mehr und mehr in die Nähe rücke. Und vielleicht wird schon die neue Tagung des Atlantischen Verteidigungsrates, die auf Ende Oktober anberaumt ist, den Auseinandersetzungen zwischen den «Großen Drei» ein Ende machen in Gestalt eines Einlenkens Frankreichs — das sich den Luxus einer Auflehnung gegen seinen großen Geldgeber nicht lange leisten kann — auf den amerikanischen Kurs. (England macht ja schon längst keine ernstlichen Schwierigkeiten mehr.) Wenn man *keine* Wiederaufrüstung Deutschlands will, dann darf man eben den Kommunismus überhaupt nicht mit militärischer Machtentfaltung «eindämmen» wollen und die Sowjetunion nicht ständig unter stärkstem Druck halten. Und dann darf man den Westdeutschen auch nicht erlauben, ihre immer hemmungsloser betriebene Propaganda gegen die Oder-Neiße-Grenze fortzusetzen; denn daß Deutschland die an Polen verlorenen Gebiete höchstens durch einen Krieg zurückgewinnen könnte, ist wohl auch dem harmlosesten Deutschen völlig klar. Können sich aber die Westalliierten nicht zu einer solchen Änderung ihrer Politik entschließen, beharren sie also darauf, den Teufel Kommunismus mit Atombomben und Panzerdivisionen auszutreiben, dann müssen sie auch den Beelzebub Militarismus wieder hereinlassen und nicht nur in Deutschland, sondern überall die politisch-soziale Reaktion, ja den Faschismus als Bundesgenossen gegen den Kommunismus anwerben. Das ist die unerbittliche Logik des amerikanisch-westmächtlichen Machtkampfes gegen die soziale Revolution, eine Logik, die nur denjenigen widersinnig vorkommt, die noch immer meinen, es gehe bei diesem Kampf um die Rettung der wirklichen Menschen- und Volksfreiheiten, und nicht sehen wollen, daß für die Beherrscher der westlichen Welt der große Feind die Bewegung für eine radikale Neugestaltung der Wirtschafts- und Eigentumsordnung ist und die zu rettende Freiheit vor allem die Freiheit des kapitalistischen Unternehmertums.

Der „innere Feind“ Hand in Hand mit der militärischen Aufrüstung gehen überall die Unterdrückungsmaßnahmen gegen den jeweiligen «inneren Feind»: gegen die «Saboteure» und «Agenten des Imperialismus» in den Ländern des Ostblocks, gegen die Kommunisten und sonstigen «Agenten Moskaus» in denen des Westens. Führend ist im «demokratischen» Lager natürlich wieder *Amerika*. Die dortige Lage wird nicht übel von George Seldes gekennzeichnet, dem bisherigen Redaktor der einzigartigen Wochenzeitung «In Fact», die sich — ein neues, beunruhigendes Zeichen — nun gezwungen sieht, ihr Erscheinen einzustellen, nachdem sie zehn Jahre lang einen tapferen und nicht einfach vergeblichen Kampf gegen die Lügen, Entstellungen und Verschweigungen der Geschäftspresse geführt hat. «Die Hexenverfolgung von 1950», so schreibt Seldes («In Fact», 2. Oktober), «ist hundertmal ärger als die der zwanziger Jahre, der Tage der Palmer'schen Strafexpeditionen und der Massenverhaftungen Fremdbürtiger . . . Es gibt keinen Protest, keine Empörung. Oder doch nur sehr wenig. Die Menschen sind tödlich eingeschüchtert. Die wirklichen amerikanischen Faschisten, die als Patrioten verkleideten, diejenigen, die Huey Longs Vorhersage erfüllen: ‚Wir werden in Amerika sicher den Faschismus haben, aber er wird als Amerikanismus getarnt kommen‘, haben es fast unmöglich gemacht, daß noch jemand offenen Protest gegen den Vormarsch des Faschismus erhebt. Jeder, der heutzutage Antifaschist ist, wird als Kommunist gebrandmarkt, und da die Nation mit dem Kommunismus im Krieg steht, wird auch das Wort ‚Verräter‘ gebraucht. Für einen Kommunisten, der von den Reaktionären angegriffen wird, fallen zehn Liberale als Opfer.»

Ein Niederschlag dieser Terrorstimmung ist das neue Kommunistengesetz, das die Kommunistische Partei zwar noch nicht förmlich verbietet, aber ihre Mitglieder und wirklichen oder angeblichen Freunde unter schärfste Überwachung und die Drohung mit dem Konzentrationslager stellt. «Selbstverständlich kannte die Mehrheit (der amerikanischen Bundesversammlung) das Gesetz nicht in seinem Wortlaut», bemerkt der Newyorker Korrespondent der «National-Zeitung»; immerhin hatte Präsident Truman es gelesen und dann auch, wengleich erfolglos, sein Veto dagegen eingelegt, sei es doch, wie er in seiner Begleitbotschaft sagte, «ein Spott auf unsere Grundrechte und auf unseren Anspruch, in der Welt für die Freiheit einzutreten.»⁴

In *England* sind bisher alle Versuche, ähnliche Ausnahmegesetze durchzudrücken, an der überlieferten freiheitlichen Grundhaltung von Volk und Parlament gescheitert, wobei allerdings dahingestellt bleibe, ob

⁴ Eher komisch wirkt der Versuch der Stadtväter von Birmingham (Alabama), Kommunisten das Betreten des Gemeindebodens bei Strafe zu verbieten. Als Kommunisten sollen dabei auch Personen gelten, die mit jemandem angetroffen werden, der Mitglied der Kommunistischen Partei oder einer ihr nahestehenden Organisation ist oder gewesen ist.

dieser Liberalismus auch standhalten würde, wenn in England eine kommunistische Bewegung von größerem Ausmaß aufkäme. Der Kampf gegen die Kommunisten hat sich infolgedessen im wesentlichen auf die «Säuberung» der Verwaltung, gewisser Lehrkörper, der Gewerkschaften usw. von «staatsgefährlichen Elementen» beschränkt, wenn es auch zu denken gibt, daß der Leiter der größten Gewerkschaft des Landes, Arthur Deakin, Präsident des Transportarbeiterverbandes, neuerdings ein regelrechtes Kommunistenverbot verlangt.

Um so mehr steht gegenwärtig in *Frankreich* der Kampf gegen den Kommunismus mit staatlichen Machtmitteln im Vordergrund der innenpolitischen Auseinandersetzungen. Die ebenso geniale wie brutale Hauptwaffe soll dabei das von der Regierung eingebrachte neue Wahlgesetz bilden, durch das man die kommunistische Vertretung in der Nationalversammlung mit *einem* Schlag auf höchstens einen Drittel des bisherigen Bestandes herabdrücken zu können hofft. Doch wissen einige nichtkommunistische Parteien recht gut, daß hier ein zweischneidiges Schwert geschmiedet wird, das zum Beispiel auch die katholischen Volksrepublikaner und die Sozialisten treffen könnte, so daß über die Weisheit des ganzen Planes noch etwelche Meinungsverschiedenheiten bestehen. Inzwischen bereitet der sozialistische (!) Verteidigungsminister Moch ein Gesetz vor, das gegen die Kommunisten auch aus Freiwilligen bestehende Orts- und Betriebswehren aufbieten will, aber sogar in den Reihen seiner eigenen Partei Widerspruch findet. «Es bedarf», so wird dem «Volksrecht» aus Paris geschrieben, «keiner großen Phantasie, um zu erkennen, daß diese Freiwilligen sich im wesentlichen aus faschistischen und reaktionären Elementen rekrutieren werden. Und die Demokratie, die der Verteidigungsminister mit so gefährlichen Waffen verteidigen will, wäre das erste Opfer dieser Operation.»

In *Westdeutschland*, wo man schon mangels einer freiheitlichen Überlieferung keine Hemmungen hat, die Kommunisten polizeimäßig zu unterdrücken, ist der Antikommunismus durch Hitler und Goebbels dem Volk erst recht derart eingetrichtert worden, daß er als politischer Grundtrieb sozusagen aller Schichten auch unter «republikanischem» Regime gelten kann. Er wird zudem nicht nur durch die Propaganda der westlichen Besetzungsmächte, sondern noch mehr durch den Anschauungsunterricht genährt, den das immer stärker mit Zwangsmitteln, Einschüchterung und Gehirnverkleisterung arbeitende Regime der ostdeutschen «Demokratie» bietet. Die sogenannten Wahlen zu verschiedenen politischen Körperschaften der Deutschen Demokratischen Republik, die am 15. Oktober abgehalten wurden, sind ein besonders abstoßendes Beispiel dieser Gleichschaltungspolitik, die den Menschen planmäßig zum Stimmvieh herabwürdigt und ein Hohn auf alle Selbstbestimmung und freie Willensbildung ist. Aber ich frage mich immer wieder, ob die Demokratie westlich-kapitalistischer Prägung, die dem Bürger die Illusion persönlicher und politischer Freiheit läßt und gleichzeitig durch zahllose Mei-

nungsfabriken von der Schule und Kirche über das Vereins- und Verbandswesen bis zu Presse und Literatur, Kino und Radio den Volkswillen auf etwas feinere Art formt und verfälscht, soviel moralischer ist als das zugegebenermaßen rohere und viel mehr in die Augen springende staatlich-kommunistische Gleichschaltungssystem. Die Ergebnisse der «freien Wahlen» in den bürgerlich-kapitalistischen Staaten, zum Beispiel in der westdeutschen Republik, wo die reaktionärste Klassenherrschaft erneut aufgerichtet worden ist und ein gefährlicher Nationalismus und Militarismus schon wieder kühn sein Haupt erhebt, diese Ergebnisse sind jedenfalls nicht geeignet, die ostdeutschen Kommunisten zu ermutigen, es nun auch einmal mit dieser Spielart der Demokratie zu versuchen. Im Munde der Adenauer, MacCloy & Cie. ist darum die Entrüstung über die ostdeutsche Volksdemokratie und der Lobpreis der «wahren», der westlichen Demokratie nur hohles Geschwätz, das nachzuplappern und damit die Geschäfte der klerikal-allbürgerlichen Reaktion zu besorgen wir keinen Anlaß sehen.

Das Zusammenspiel von (echter) Reaktion und (falscher) Revolution ist auch in Österreich zu beobachten, wo der verunglückte Generalstreik von Anfang Oktober, so gut er sachlich-wirtschaftlich begründet werden konnte, dank einer unglaublich unfähigen kommunistischen Führung die Stellung der «Ordnungsparteien» neuerdings außerordentlich gefestigt hat⁵.

Daß in Italien der Antikommunismus ein Grundpfeiler des klerikal-konservativen Regimes ist, braucht hier nicht mehr weiter dargestellt zu werden. Sein Stoßtrupp wird, neben der Katholischen Aktion, logischerweise mehr und mehr der im Movimento Sociale Italiano organisierte Neufaschismus, dessen «Geist» das ganze öffentliche Leben des Volkes schon in bedenklichem Maße durchdrungen hat.

Erinnern wir aber doch wieder einmal an die allzugern übersehene Tatsache, daß hinter dem internationalen Antikommunismus als eine der treibenden Hauptkräfte der Vatikan und seine altgeschulte, erfahrene Diplomatie stehen. Das entspricht nicht allein der inneren Verfassung der Römischen Kirche und den Interessen der Gesellschaftsklassen, die sie vertritt, sondern auch der ganzen gegenwärtigen Weltlage. Rom hat ja seit dem ersten Auftreten des Kommunismus auf der Weltbühne besonders in Osteuropa gewaltig an Boden verloren, während andererseits in einer ganzen Reihe westeuropäischer Länder der gegenrevolutionär eingestellte Katholizismus entweder allein oder zusammen mit andern Parteien die Macht ausübt und in den Vereinigten Staaten, der Vormacht des Antikommunismus, der Katholizismus zusehends an Einfluß gewinnt.

⁵ Denjenigen schweizerischen Sozialdemokraten, die nichts Gescheiteres zu tun wußten, als im Chor mit dem Bürgertum über einen geplanten «bolschewistischen Staatsstreich in Österreich» zu zetern, sollte man wieder einmal einen Kurs über unseren Generalstreik von 1918 geben, der ja vom schweizerischen Bürgertum auch als gewalttätiger Revolutionsversuch mit Moskauer Regie erklärt wurde.

«Der Vatikan», so schreibt Paul Blanshard in «The Nation», «gedeiht ausgezeichnet beim Antikommunismus, und seine Leiter sind schlau genug, um aus dem antikommunistischen Evangelium ein Hauptthema im Heiligen Jahr zu machen.»

Und Rußland! Wie aber, so fragen wir zum Schluß, reagiert die Sowjetunion auf diese ganze kommunistus- und sowjetfeindliche Weltbewegung? Alexander Werth gibt uns darüber im «New Statesman» bemerkenswerten Aufschluß. Die vorherrschende Meinung der Sowjetrussen, so sagt er, war bisher immer, daß ein kriegerischer Zusammenstoß zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Welt erst in dreißig oder vierzig Jahren zu erwarten sei. Inzwischen werde zwischen dem Sowjetblock und dem Atlantikblock ein annehmbares Gleichgewicht bestehen können, das der Sowjetunion erlaube, ihr gewaltiges wirtschaftliches und soziales Aufbauwerk erfolgreich weiterzuführen. (Das neueste dieser Art, das in sechs Jahren fertig sein soll, ist der 1100 Kilometer lange Turkestan-Kanal, der das ganze Wüstengebiet zwischen dem Amu Darja und dem Kaspischen Meer bewässern und in Baumwollpflanzungen und Weideland verwandeln soll.) Die massive Aufrüstung Amerikas und Westeuropas, eingeschlossen Westdeutschland, die Präventivkriegsreden in Amerika und die tatsächliche Atomisierung Koreas haben nun aber diese Auffassung schwer erschüttert. Man beginnt jetzt in Rußland ernsthaft mit einem Krieg schon für eine nahe Zukunft zu rechnen. Eine Reihe von Anzeichen spricht dafür, daß die Umstellung von der Friedensindustrie auf Kriegsproduktion in Bälde angepackt werden wird. Wahrscheinlich wird auch die Dezentralisierung der hauptsächlichlichen Kriegsindustrien in den nächsten Monaten erheblich beschleunigt werden. Kurz, man macht sich angesichts der forcierten Kriegsvorbereitungen und der ganzen gefahrdrohenden Stimmungslage in der antikommunistischen Welt allmählich auf das Schlimmste gefaßt, wenn man auch nicht verkennt, daß einflußreiche Kräfte, besonders in Amerika, gegen den Krieg arbeiten. Alexander Werth hält es für wahrscheinlich, daß Rußland nach den amerikanischen Novemberwahlen mit neuen, weitreichenden Friedensvorschlägen aufrücken wird; aber wird, so muß man sich fragen, diesen Vorschlägen ein anderes Schicksal beschieden sein als den früheren russischen Anregungen dieser Art? Wird nicht wieder alles, was aus Moskau kommt, von vornherein, ohne unvoreingenommene Prüfung, als bloße heuchlerische Propaganda, die nur auf die Verschleierung der sowjetischen Angriffsabsichten gerichtet sei, abgetan werden, sofern es sich nicht in den Rahmen des *amerikanischen* Friedens einfügt, den man in Washington und im Westen überhaupt allein als wirklichen Frieden gelten läßt?

Sicher ist, daß vom *militärischen* und *machtpolitischen* Standpunkt aus die Lage Rußlands zusehends schlechter wird. «Das legt», so meinte unlängst Dr. Adolf Gasser in einem Basler Vortrag, «die Möglichkeit eines

russischen Präventivkriegs nahe. Ein europäisch denkender Diktator würde unweigerlich jetzt zuschlagen, bevor die Gegner zu mächtig sind.» Daß Stalin *nicht* daran denkt, sich auf ein solches Verzweiflungsabenteuer einzulassen, wird indessen wohl auch im Westen ziemlich allgemein zugegeben. Ein Grund dafür, wahrscheinlich sogar der ausschlaggebende, wird die russische Überzeugung sein, die *wirtschaftliche* Entwicklung, auf die es letzten Endes vor allem ankomme, arbeite so eindeutig für den Sozialismus und gegen den Kapitalismus, daß die Sowjetunion allen Grund habe, einer Auseinandersetzung auf *militärischem* Boden so lange als nur möglich auszuweichen, auch wenn der Westen im Gefühl seiner wachsenden militärischen Schlagkraft Grund habe, eine solche Auseinandersetzung seinerseits zu suchen, solange Rußland wirtschaftlich noch nicht allzu sehr erstarkt sei.

Man ist zwar im Westen vielfach geneigt, anzunehmen, daß auch auf wirtschaftlichem Gebiet der Vorsprung der Westmächte über die Sowjetunion in der nächsten Zeit nur wachsen könne. (Vgl. z. B. das «Volksrecht» vom 11. Oktober, Volkswirtschaftliche Notizen.) Wie aber J. A. del Vayo in der Neuyorker «Nation» (2. September) mit Recht geltend macht, liegt dieser Meinung die gleiche kurzsichtige und voreingenommene Unterschätzung der russischen Leistungskraft zugrunde, die schon so viele, immer wieder grausam enttäuschte Spekulationen auf den Zusammenbruch der Sowjetunion verschuldet und insbesondere Hitler so gründlich das Genick gebrochen hat. Del Vayo stellt fest, daß der Aufbau des kriegszerstörten Rußland viel schneller vonstatten geht, als die westlichen «Sachverständigen» vorausgesetzt hatten, und daß «die Russen ein (wirtschaftliches) System entwickelt haben, das ihnen zweierlei erlaubt: die Wiederaufrüstung zu finanzieren und einen Rückfall in den Zustand von Elend und industrieller und finanzieller Krise zu vermeiden, wie er die ersten Jahre der Revolution begleitet hat». Die westeuropäischen Länder andererseits seien außerstande, gleichzeitig zur Kriegswirtschaft überzugehen und ihre gegenwärtige Lebenshaltung zu behaupten. «Westeuropa kann nicht tun, was Rußland tut, ohne eine Reihe von Krisen zu riskieren, die gerade das herbeiführen würden, was es vermeiden möchte: wirtschaftlichen Zusammenbruch, sozialen Aufruhr und den wahrscheinlichen Sieg des Kommunismus . . . Rußland kann tatsächlich, ohne einen Schuß abzufeuern, die westliche Koalition auf Jahre hinaus in einen Wirtschaftskrieg verwickeln ohne ernsthafte Folgen für sein Regime und seine Lebensform . . . Das sind die Tatsachen, welche die Strategen des Westens offenbar vergessen haben auf ihre Traktandenliste zu setzen.»⁶

⁶ Raoul Crespin erwartet in der «Cité Nouvelle», dem Blatt der französischen Religiös-Sozialen, zunächst eher die Begünstigung des Faschismus durch die neue Rüstungskonjunktur. «Mit Ausnahme der Vereinigten Staaten, so schreibt er, ist die westliche Welt in ihrer gegenwärtigen Wirtschafts- und Sozialverfassung nicht imstande, zwei Hasen auf einmal zu jagen. Mit der Anhandnahme der Aufrüstung ver-

Regen solche Feststellungen unsere von der antikommunistischen Hysterie befallenen guten Christen und Demokraten auf? Widersprechen sie allzu sehr ihrem Dogma, daß die Sowjetunion eine Angriffs- und Kriegspolitik betreibe, während die Westmächte einzig von Gedanken des Friedens und der bloßen Verteidigung erfüllt seien? Dann hören sie vielleicht einen Augenblick lang hin, wenn zwei Menschen von einem sehr verschiedenen räumlichen und geistigen Standort aus fast gleichzeitig und in ganz ähnlicher Gesamtschau zur Kommunismusfrage ein Wort sagen, das über die politische und religiöse Alltagspolemik hinauszuführen geeignet ist. Im sozialistischen Glasgower «Forward» (9. September) schreibt Naomi Mitchison, auf die Verhandlungen des Straßburger Europarates zurückblickend:

«Wahrscheinlich hoffen alle denkenden Europäer, gegenüber Rußland Zeit zu gewinnen. Wenn der Krieg noch zehn Jahre lang vermieden werden könnte, würden sich die Gefühle beruhigen und ein gewisses Maß gegenseitiger Verständigung möglich sein. In der Geschichte der Menschheit hat sich kein totalitäres Regime auf die Länge halten können. . . Doch müssen wir auch mit einer vorübergehenden Sowjetisierung aller europäischen Länder rechnen. Sie würde viele alte Übel hinwegschwemmen und könnte doch unsere besten Werte nicht zerstören. In Straßburg galt diese Meinung natürlich als eine arge Keßerei. Doch besteht sie in manchen feineren Köpfen aller Schichten. Es ist aber zu befürchten, daß die Vereinigten Staaten dieses Europa zu «befreien» versuchen würden. Und das könnte auch für sehr viel Gutes das Ende sein.»

Und Arnold Lüscher findet in den «Eidgenössischen Blättern» (vom 15. September):

«Der Kommunismus ist jener Bewegung der Appenzeller zu Beginn des 15. Jahrhunderts stark verwandt. Eines ist klar: wenn der Westen die sozialen Probleme nicht in christlicher und damit freiheitlicher Weise zu lösen versucht, so wird der russische Kommunismus der Hammer Gottes sein, der — wie die französischen Revolutionäre — gebraucht wird, um veraltete Zustände und Anschauungen zu zertrümmern. Die Zeit verlangt das einfach. Der russische Kommunismus ist eine Bewegung, wie einst der Islam eine war, als die Christenheit einschlafen und ausruhen wollte. Es gibt auf dieser Welt keinen dauernden Stillstand. Gehen die Menschen nicht freiwillig vorwärts, so werden sie vorwärts getrieben. Und als Treibmaterial dienen vor allem Menschen und Bewegungen, die von Gott nichts wissen wollen.»

Was wir hier schon so manchesmal auch ausgesprochen haben! Haben wir nicht allen Grund, von *solcher* Erkenntnis aus unsere Stellung zum

zichtet sie vorläufig nicht nur auf jede soziale Verbesserung, sondern kann nicht einmal die Aufrechterhaltung des bisherigen Standes sichern. Geben wir uns darum keiner Täuschung hin: mit Ausnahme vielleicht von England geht Westeuropa wahrscheinlich einer schweren, anscheinend unlösbaren politisch-sozialen Krise entgegen. Das Gewicht der Aufrüstung wird zunächst und im wesentlichen auf denjenigen Bevölkerungsschichten lasten, die zugleich die ärmsten und dieser Aufrüstung feindlichsten sind. Alle Bedingungen für eine soziale Explosion werden so vereinigt sein. Ich weiß nicht, ob sie wirklich erfolgen wird. Wenn aber die Krise ausbricht, läßt mich alles annehmen, daß sie nicht *gelöst*, sondern *unterdrückt* werden wird. Werden wir zugeben, daß sich unter unseren Augen die Voraussetzungen für den Faschismus entwickeln?»

Kommunismus zu bestimmen und an seiner Überwindung zu arbeiten, statt in das (weltlich oder geistlich getönte) Geschrei über den gottlosen, despotischen Kommunismus einzustimmen und damit die Bewegung für die machtpolitisch-militärische Zerstörung des Kommunismus zu fördern, deren Durchbruch unser aller Ruin wäre?

17. Oktober.

Hugo Kramer.

SCHWEIZERISCHE RUNDSCHAU

Feind Nr. 1 Es ist gegeben, daß auch die Schweiz von den in der großen Welt draußen wirkenden Kräften und Strömungen aufs stärkste bewegt wird, mehr als seit manchem Jahr schon. Und natürlich ist es vor allem die Grundwelle des internationalen Antikommunismus, die in besonders heftigen Stößen andauernd über unsere Ufer hereinflutet. Ein so ausgesprochen konservativ-besitzbürgerliches Volk wie das unsrige, das, wie ziemlich allgemein geglaubt wird, seine hohe Lebenshaltung — die höchste in der Welt — angeblich der «freien Wirtschaft» verdankt, ist begreiflicherweise gegen jede Bedrohung der herrschenden Ordnung doppelt empfindlich und stellt sich heute, da der Kommunismus und die soziale Revolution als die große Weltgefahr gelten, mit Ingrim auf die Hinterbeine, um in Reih und Glied mit den andern «freien» Völkern die Werte der abendländisch-christlichen Kultur gegen den Einbruch des östlichen Untermenschentums zu verteidigen.

Das ist an sich nichts Neues. Die bürgerliche Schweiz hat schon von der Geburtsstunde der Sowjetunion an, schon seit Churchill den Interventionskrieg gegen die bolschewistische Revolution predigte und organisierte, und seit Mussolini, Hitler, Dollfuß und Pétain als Retter vor dem roten Chaos auftraten, alle gegen den Kommunismus gerichteten Bewegungen in den Nachbarländern — neutral gedämpft zwar — getreulich mitgemacht, so daß ihr Anschluß an die antikommunistische Weltfront von heute nur einer schon ordentlich alten Überlieferung und soweit wohlverständlichen Klasseninteressen entspricht. Neu ist nur, daß in dieser Bewegung nunmehr auch große Teile der sozialdemokratisch und gewerkschaftlich organisierten Volksgruppen mitgehen. Seit es einen modernen Sozialismus gibt, war es ja eigentlich ganz selbstverständlich, daß seine Bekenner die Auseinandersetzungen wie auf nationalem, so auch auf internationalem Boden als Teilerscheinungen des weltweiten Kampfes zwischen der alten kapitalistischen und der neu aufsteigenden sozialistischen Gesellschaft, zwischen sozialem Fortschritt und sozialer Reaktion, zwischen Revolution und Gegenrevolution erfaßten. Heute nun erleben wir aber, daß weit herum in den Sozialdemokratischen Parteien und den ihnen nahestehenden Gewerkschaften einfach die Losungen des Bürgertums übernommen und sogar noch verschärft werden, wonach sich der große Kampf der Zeit nicht mehr um den Gegensatz Kapitalismus — Sozialismus drehe, sondern um denjenigen zwischen Freiheit und Totalstaat, Demokratie und Diktatur, Recht und Gewalt, wobei der klassenmäßige Gehalt der Staats- und Gesellschaftsformen völlig ignoriert oder doch sehr in den Hintergrund geschoben und Freiheit, Menschenrecht und Demokratie ganz abstrakt-idealistisch verstanden werden, so wie es dem Klasseninteresse des Bürgertums entspricht, das ja den Klassencharakter der Gesellschaft und des Staates auch entrüstet als Lehre eines schnöden Materialismus leugnet. «Es ist nicht wahr», schrieb letzthin die «Berner Tagwacht» (Nr. 235), daß es sich (bei der Spannung zwischen West und Ost) um eine Auseinandersetzung zwischen zwei Wirtschaftssystemen handelt... Es geht genau wie in der Periode des Faschismus und Nationalsozialismus ausschließlich (!) um die Wahl zwischen Demo-